

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für den Monat April 35.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— M. Abbestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die letzten deutschen Gebiete Polens und Litauen 49.— M., für das übrige Ausland 67.— M.

Die sechspolige Nonpareille- oder deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 80—153 89

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Nachhall der Rede Poincarés

Englische Blätter über Poincarés Rede

London, 25. April.

Die Rede Poincarés in Bar-le-Duc findet in der Presse große Beachtung. Während die „Times“ schreiben, die Erklärung Poincarés sei frei von Rhetorik und Drohungen, nennt „Weltminister Gazette“ die Rede eine an Deutschland gerichtete Drohung. „Daily Herald“ überschreibt seinen Leitartikel über die Rede „Kaiser Poincaré“ und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seine Stellvertreter aus Genua zurückziehen wolle, so sollen sie um Himmelswillen gehen, sie seien dort nur eine Plage. Poincaré sei eine Gefahr, weil er ernst genommen werde. Sobald sein Bluff entfällt sei, werde er aufhören, Europa zu verpesten. Die „Daily News“ nennt Poincarés Rede wild von der Entschlossenheit, Maßnahmen „wenn nötig allein“ zu treffen, um Deutschlands Rassen zu leeren. Das bedeute, daß er wisse, Großbritannien werde ins Ruhrgebiet nicht einmarschieren. Es bedeute aber auch die moralische Isolierung Frankreichs, die für alle offenkundig sei. Durch die Demoralisierung der Verhandlungen in Genua hätten die französischen Staatsmänner dem Ansehen, dem Ruhm und den Aussichten Frankreichs selbst ernstlich Schaden zugefügt. „Daily Chronicle“ schreibt in einem „Poincarés Sabel“ überschriebenen Leitartikel: Die seltsame Aktion der französischen Delegation in Genua am letzten Sonnabend, die versuchte, eine neue Krise aus dem alten Material zu erzeugen, von dem jedermann hoffte, daß es erledigt sei, wurde von den in Genua anwesenden Personen auf das Treiben Poincarés zurückgeführt, dieser Eindruck werde jetzt durch die unglückliche Rede bestätigt, die Poincaré gestern in Bar-le-Duc hielt. Eine Rede, wie die gezeigte des französischen Premierministers, die von einem Nichtteilnehmer außerhalb der Konferenz gehalten wurde, sei wie ein Eisenstück, das von außen in eine feine Maschinerie geworfen wurde, und bedeute, daß bei der Person, die es gemorfen hat, nicht der Wunsch, zu helfen besteht, sondern der, zu zerstören. Die Drohung mit den Zwangsmassnahmen enthält die letzte Drohung, daß Frankreich die Alliierten unerbittlich lassen und den Sabel allein schwingen werde, wie es ihn in Frankfurt geschwungen hat. Die Alliierten Frankreichs könnten nur antworten, was sie damals sagten, nämlich, daß, wenn Frankreich bei seinem Verfahren gegenüber Deutschland seinen eigenen Weg gehe, es die weitere Unterstützung Englands nicht erwarten kann. Bereits bei zwei Anlässen ist Frankreich allein vorgegangen: das erstmalig als es in Frankfurt eintrat und dann, als es hinter dem Rücken Englands unter Verletzung klarer Versprechungen den verärrterischen Vertrag von Angora abschloß. Wenn Frankreich zum dritten Male versuchen sollte, vom gemeinsamen Wege abzuweichen, so würde die Bereitschaft Englands, mitzuwirken, dies kaum überleben.

In der französischen Presse wird Poincaré als der Mann des Wiederaufbaues gezeichnet. „Journal“ sagt unverbümt, Poincaré habe gestern den Fall ins Auge gefaßt, daß Frankreich nicht mehr Hand in Hand mit Großbritannien gehen könne. Wenn er diese ernste Eventualität in Betracht gezogen habe, so habe er es getan, um Alarm zu schlagen, um die Alliierten loyal zu benachrichtigen und um das Land darauf vorzubereiten, seine Spannkraft bereit zu halten. Zwei Möglichkeiten könnten eine derartige Haltung notwendig machen, die Weigerung Deutschlands, die Bedingungen des Moratoriums der Reparationskommission bis zum 31. Mai auszuführen, und die zweite, wenn England sich nicht dazu bereit finden werde, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um das deutsch-russische Komplott unschädlich zu machen.

Französische Pressestimmen

Paris, 25. April.

„Deux“ lobt die gezeigte Rede Poincarés als den Weg zur traurigen Isolierung auf. Poincaré habe erklärt, wenn Deutschland widerstehe, dann werde Frankreich über Deutschland herfallen mit den Alliierten oder ohne sie, mit anderen Worten: wir sind vollkommen bereit, mit den Engländern zu brechen, um uns „cavaliers seuls“ auf den Weg nach Berlin zu machen. Man lese doch nur das Plakat, das die Kommunisten haben anhängen lassen: „Am den Krieg zu vermeiden und — in starken Letzern — um ihn um jeden Preis zu verhindern, muß man in Deutschland einmarschieren.“ Der verhängende Feser ergänzt diese Ausführungen dahin, daß er sagt: also um den Krieg zu vermeiden, müssen wir ihn machen. Wenn man nur Deutschland allein den Krieg anlagen würde! Aber um sicher zu sein, hat man die ganze Welt gegen sich und die Zeitungen beleidigen und bedrohen auch Italien. „Le Nouvelle“ sagt: „Poincaré wird entweder die Politik der Tardieu und Douhet machen, also zum Bruch der Entente führen, zur Isolierung und zum Ruin des wirtschaftlichen Lebens und eines Tages, der nahe ist, zum Krieg, oder er wird versetzen, daß es ein sehr gefährliches Abenteuer wäre, mit England zu brechen, und dem Pakt von Genua zustimmen, der uns die Allianz aller großen Demokratien, das lokale Einverständnis der friedlichen Mächte, die Wiederveröhnung der Völker, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Befreiung von unseren Schulden und unserer Steuerlast einträgt. Es heißt also: Nach Genua oder nach Berlin.“ „Populaire“ schreibt, man dürfe einigermassen bezweifeln, ob Poincaré sich über die wahre Lage Rechenschaft abgibt, wenn man sehe, mit

welcher Beharrlichkeit er auf den nächsten Verfalltag vom 31. Mai hinweise und auf alle Bewandlungen, die er nach sich ziehen könne. Für den Fall, daß Deutschland in Bezug gerate, kündigt Poincaré schon jetzt mit laun verhäktem, drohendem Ton militärische Zwangsmassnahmen an, mit unseren Alliierten, wenn sie wollen, ohne sie, wenn es nötig sein sollte. Ich bin, schreibt Abgeordneter Leon Blum, nicht überrascht, aber es scheint, daß die Erfahrung des letzten Jahres mit der Jahresklasse 1919 Poincaré nicht genügt, er glaubt ansehend, daß die öffentliche Meinung in der Welt den militärischen Demonstrationen günstig sei, günstiger gefinnt, als vor einem Jahre. Er vergißt und will vergessen, daß alle Zahlungen Deutschlands bis zu diesem Tage von den Okkupationskosten aufgezogen wurden, was eine schöne Ermittlung ist, sie zu erhöhen. Er verliert aus dem Auge, daß die Beizung des Ruhrgebietes keine Zwangsmassnahme mehr ist. Er sieht nur eine Sache, die Betonung seiner Kraft. Indem er die Gefahr heraufbeschwört, ist es ihm leicht, sie voranzujagen.

Das russische Konzessionsprogramm

(Sonderbericht des „Futur“)

Genua, 25. April.

Gestern Abend hat die russische Delegation gleichzeitig mit ihrem Gegenmemorandum eine Denkschrift überreicht, die das Maximalprogramm Rußlands für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau darstellt. Dieses Programm stützt sich auf die von Prodraskowski veröffentlichte Schrift über den Wiederaufbau des russischen und des europäischen Wirtschaftslebens und entwickelt zunächst das Projekt einer elektrischen Bahn, die London mit Moskau und dieses mit Wladivostok verbinden soll. (?)

Im Anschluß hieran werden die Konzessionen aufgezählt, die die Sowjetregierung zu vergeben gedenkt. An erster Stelle steht eine landwirtschaftliche Konzession über eine Fläche von 5 Millionen Hektar in Westsibirien, ferner eine Waldkonzession und eine Grubenkonzession im Revier von Vugued. Industrielle Konzessionen sollen, vor allem unter Beteiligung ausländischen Kapitals, an schon bestehenden Unternehmen geschaffen werden, und zwar in der Zucker-, Papier-, Zement-, Naphthalinindustrie, im Abbau von Mineralien. Die dafür anzubringenden Summen betragen sich auf 85 Millionen Goldrubel. Der Staat würde sich an diesen Konzessionen mit 370 Millionen Goldrubel beteiligen. Den Ertrag aus einer Konzession zur Ausbeutung von 70 Milliarden Pud Mineralien und 25 Milliarden Hektar Wald schätzt man ebenfalls recht hoch ein. Die landwirtschaftliche Konzession repräsentiert für Rußland einen ungeheuren Wert: Es handelt sich um den Wiederaufbau der russischen Getreideausfuhr und die Wiederaufbau des Viehbestandes in Rußland. Nach dem russischen Export ist von hervorragenden Autoritäten auf wirtschaftlichem Gebiet ein Plan ausgearbeitet worden, der vor allem die Landwirtschaft in Sibirien auf ihre frühere Höhe bringen soll. Allerdings bedarf es hierzu eines Kapitals von 1 Milliarde Goldmark. Aber schon in drei oder vier Jahren würde man imstande sein, nach dem Auslande Getreide und Tiere im Werte von 40 Millionen Goldrubel auszuführen, wenn man nur den Vorkriegspreis zugrunde legt, also fast ein Drittel der Gesamtausfuhr Rußlands von 1914. Auch für die Viehzucht im Steppengebiet von Samara, Saratow, Orenburg, Ufa, im Dongebiet, in den Steppen Sibiriens und Turkestan ist für 30 Millionen Hektar Land zu vergeben, wozu ein Kapital von 600 Millionen Goldrubel notwendig wäre. Die Denkschrift enthält ferner noch einige Konzessionen, die vom Volkskommissariat für Landwirtschaft für 45 Domänen im Uralsbirkhakt ausgearbeitet worden sind.

Zum Schluß befaßt sich die Denkschrift mit den Handelskonzessionen. Unter der Form gemischter Gesellschaften will die Sowjetregierung solche Institutionen schaffen, die dem ausländischen Kapital die Beteiligung an diesen Konzessionen ermöglichen. Ueber die Handelskonzessionen hat Krassin der Unterkommission der Wirtschaftskommission eine besondere Denkschrift überreicht.

Die Aussichten für eine Auslandsanleihe

London, 25. April.

„Reuter“ meldet aus New York, daß die „Pierpont Morgan“ die Einladung der Reparationskommission, Mitglied des Ausschusses zur Ermöglichung der Möglichkeit der Ausgabe einer internationalen Anleihe für Deutschland zu werden, angenommen hat. Morgan wird Mitte Mai nach Europa abfahren.

London, 24. April.

„Times“ meldet aus New York, von amerikanischen Bankiers werde erklärt, daß unter geeigneten Bedingungen ein beträchtlicher Teil der deutschen Obligationen in Amerika untergebracht werden könne.

Genua

„Sie, meine Herren von der Presse, haben begriffen, daß mit Genua eine neue Phase der Weltgeschichte einsetzt. Die Völker sind des Gemeinheits müde und sehnen sich nach Befreiung, die die Voraussetzung des wirtschaftlichen Gleichgewichts ist.“ So Außenminister Schanzer auf dem Fest der Presse in Genua. „Das Prestige Italiens, der Stolz Genuas, das Interesse der Welt forderten gebieterisch, daß Genua einen Markstein der Weltgeschichte darstellt. Blut ist genug geflossen. Genua kann der Welt zeigen, daß die Welt auch durch Vertrauen, nur nicht durch Krieg, sich führen läßt.“ Ministerpräsident de Facta, ebenda.

Diese Erklärungen der beiden führenden Staatsmänner Italiens decken sich mit Erklärungen anderer Staatsmänner aus den verschiedensten Staaten. Von der Konferenz in Genua sollen also wieder einmal „die heiligen Menschenrechte“ verflücht werden: Freiheit, Frieden und Brot!

Menschenrechte und Kapitalismus lassen sich nicht miteinander vereinbaren. Kapitalismus heißt Lohnsklaverei, heißt Ausbeutung der Arbeitskraft, heißt Erzeugung von Mehrwert, heißt Bereicherung der Besitzenden, heißt ökonomisches und soziales Massenelend, heißt Klassengegensätze und Klassenkämpfe: Bürgerkrieg der Unterdrückten gegen die Bedrücker. Kapitalismus heißt Konkurrenzkämpfe, heißt planlose Arbeit, heißt ökonomische Krisen, Preisschwankungen, Arbeitslosigkeit, heißt politische Konflikte und Katastrophen.

Wer die Menschenrechte Wirklichkeit werden lassen will, der muß zuvor den Kapitalismus durch den Sozialismus erlösen.

In Genua beraten nicht Sozialisten über die Ueberwindung des Kapitalismus, in Genua verhandeln Kapitalisten über die Rettung und Sicherung des Kapitalismus.

In Genua wird ein großer Kampf zwischen zwei Klassen — Kapital und Arbeit — ausgefochten, zwischen dem russischen Vorkampf des Weltproletariats und der kapitalistischen Welt.... „Das Verständnis dafür zu wecken in den Massen des europäischen Proletariats, diese Massen zu mobilisieren zur Unternehmung der Sowjetdelegation, das ist die Pflicht jedes Klassenbewußten Arbeiters in diesen Wochen der Entscheidung.“ „Notiz Jahne“, am Sonntag, den 23. April 1922.

Die kommunistische Partei Deutschlands ist hauptsächlich ein Organ der russischen Sowjetregierung für deren Außenpolitik. Die „Notiz Jahne“ bestärkt das ausdrücklich durch ihre Aufforderung an jeden Klassenbewußten Arbeiter, die Sowjetdelegation zu unterstützen.

Was will die Sowjetdelegation in Genua? Diese Frage beantwortet Tschitcherine — Morgenausgabe der „Notiz Jahne“ vom 19. April 1922 — in einer Unterredung. Er jagte, die Bodenfläche in Rußland seien ungeheuer, doch es fehle an Produktionswerkzeugen für ihre Bearbeitung. Die russischen Eisenbahnen bräuchten Lokomotiven und Waggonen, die Rußland nicht in genügender Nähe produzieren könne. Die russische Landwirtschaft brauche Samen, Vieh, Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen. Von ausländischen Kapitalisten könne Rußland das alles bekommen, indem Rußland ihnen ein Teil von den Vorteilen überlasse, die es durch Befruchtung seiner Landwirtschaft und seiner Versorgung mit ausländischer Hilfe erhalten werde. „Es handelt sich nicht um Opfer, sondern um Vorteile für beide Seiten.“ In gleichem Sinne äußerte sich Lenin, der ausdrücklich feststellte, daß die Sowjetdelegation nicht als Kommunisten, sondern als Kaufleute nach Genua gegangen sind.

Es kann nur verwirrend unter den Massen des Proletariats wirken, wenn die „Notiz Jahne“, in ihrem sicher auftragsgemäßen Bemühen, das ganze westeuropäische Proletariat zum blinden Werkzeug der Sowjetregierung zu machen, die russischen Kaufleute in Genua als Vorkämpfer der proletarischen Weltrevolution feiert. Das westeuropäische Proletariat hat gewiß die Pflicht, die Errungenschaften der Revolution auch in Rußland schützen und fördern zu helfen. Diese Pflicht haben jedoch nicht minder die Volkswirtschaften selbst. Sie gefährden aber diese Errungenschaften bis zum äußersten, wenn sie in Rußland immer wieder jede selbständige Regierung des nun auch vom ausländischen Kapital bedrohten Proletariats unterdrücken.

Durch ihre terroristische und primitive Politik und Defonomie in Rußland, durch ihre Zellentaktik, gegenüber dem Proletariat in Westeuropa haben die Bolschewisten selbst die proletarische Weltrevolution schwer geschädigt. Es ist die internationale Pflicht der Sozialisten aller Länder, der Innen- und Außenpolitik der russischen Sowjetregierung kritisch gegenüber zu stehen und von den Bolschewisten freie Bahn für die sozialistische Bewegung auch in Rußland zu fordern. Weder von der Bourgeoisie noch von den Bolschewisten darf sich das Proletariat über den wahren Charakter der Konferenz in Genua täuschen lassen.

In Genua sechten die Vertreter der kapitalistischen Staaten einen Teil seiner Konkurrenz um die Eroberung und Beherrschung der Erde aus. Allein in den letzten acht Jahren ihrer schärfsten Zuspitzung haben diese kapitalistischen Konkurrenzkämpfe Millionen von Menschen in Not und Tod getrieben und eine unschätzbare Summe von Kulturwerten vernichtet. Die Weltwirtschaft ist zerstört. Die Kapitalisten sehen sich in ihren Profitinteressen bedroht. Was nützt das Gold, wenn man's behält? Wenn man dafür nicht Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Arbeitskräfte kaufen kann? Wenn man nicht neue Anlagemöglichkeiten und neue Märkte erschließen kann? Die Akkumulation des Kapitals stockt mit der Stöckung der Weltwirtschaft. Durch ihren Völkerring und durch ihre Friedensverträge vermochten die Kapitalisten nicht die durch ihren Krieg zerstörte kapitalistische Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Jetzt sollen die fortgesetzten Konferenzen helfen, die immer umfangreicher werden, weil immer mehr Staaten hinzugezogen werden müssen. Die Genua-Konferenz ist noch nicht zu Ende, schon werden neue Konferenzen geplant. So z. B. eine Weltkonferenz der Notenbanken.

Es ist nicht die Sorge um das Wohlergehen der Menschheit, die die Kapitalisten von Konferenz zu Konferenz hegt. Sie mühten ja dann entschlossen sein, den Kapitalismus selbst aus der Welt zu schaffen und damit die Grundlage ihrer eigenen Existenz vernichten, das wäre Selbstmord.

Es ist die Sorge um das Wohlergehen ihrer eigenen Klasse, die die Kapitalisten treibt, der Akkumulation des Kapitals die Wege zu bereiten. Und hierfür kommt Rußland in erster Linie in Betracht, während gleichzeitig Rußland nach Kapitalismus schreit.

Wie die Kapitalisten ursprünglich die breiten Massen enteigneten, wie dann durch die Konkurrenzkämpfe stärkere Kapitalisten schwächere Kapitalisten enteigneten, so kämpfen heute stärkere Kapitalistenstaaten schwächere Kapitalistenstaaten nieder. Mit allen Mitteln, mit: Verträgen, Vereinbarungen, Kriegen, Friedensschlüssen und Konferenzen, mit Lüge, Gift, Schmeichelei, Betrug und Gewalt versucht die mächtigste Kapitalistenklasse zur Herrschaft über die Erde mit ihren etwa 1750 Millionen Menschen zu gelangen.

Die Konflikte zwischen Frankreich und England, die in Genua lebendiger denn je in die Erscheinung treten, veranschaulichen die erbitterte Verbissenheit, mit der die Kapitalisten ihre Konkurrenzkämpfe ausfechten.

Das Proletariat hat von Genua so gut wie nichts zu hoffen. Es darf nur auf seine Kraft bauen. Es darf nie vergessen, daß die Menschenrechte nur

im Sozialismus Wahrheit werden können. Und der Sozialismus muß erkämpft werden, gegenüber einer Welt von kapitalistischen Feinden.

Wahlvorbereitungen in Ungarn

(Intell.) Budapest, 25. April.

Zwischen der Massapartei und der demokratischen Partei wurde ein Wahlpakt geschlossen, der zur Spaltung der demokratischen Partei geführt hat. Die legitimitätliche Minorität hat die Partei verlassen. Gleichzeitig veröffentlicht die sozialdemokratische Partei einen Aufruf, in dem sie ihre Anhänger auffordert, in den Bezirken, in denen keine sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt werden können, für die bürgerliche Opposition zu stimmen.

Keynes über die Reparationen

Das „Berliner Tageblatt“ bringt einen Artikel des bekannten englischen Volkswirtschaftlers Professor Keynes über die Reparationsfrage. Nachdem Keynes den Stand der Wiedergutmachung nach den Abmachungen von Cannes dargestellt hat, fährt er aus:

„Wenn keine neuen Entwicklungen eintreten, wird daher der gemäßigte Zahlungsplan am 31. Mai automatisch hinfällig. Das Londoner Abkommen, das, wie jetzt jedermann weiß, unmöglich erfüllt werden kann, tritt wieder in Kraft und Deutschland wird von der Kommission in aller Form als nichtzahlender Schuldner erklärt mit all den unruhigstellenden Möglichkeiten der Ruhrbesetzung und Sanktionen anderer Art. Alles dies ist nur noch einen Monat entfernt, und die beteiligten Parteien sind inzwischen in Genua versammelt unter dem Vorworte, es zu erörtern! Es ist der höchstgrad einer politischen Situation, die einem Treibenlassen der Dinge gänzlich und einem wirksamen Vorgehen, wenn der 31. Mai kommt, ungünstig ist.“

Keynes schildert dann die beiden Gedankenrichtungen, die sich mit diesem Fragendilemma beschäftigen. Während die Deutschen ein Moratorium auf drei oder vier Jahre wünschen, in der Hoffnung, dann bezahlen zu können, seien die ausländischen Bankiers der Ansicht, daß zunächst die Gesamtverpflichtung festgesetzt werden müsse, ehe Deutschland Kredite erhalten könne. „Aber nichts ist erreichbar“, so schließt der Artikel, „wenn die Versammelten in der künftigen Lage sind, daß sie versprochen haben, die einzige Frage nicht zu erörtern, die ebenso dringend wie wichtig und vielleicht lösbar ist.“

Der Moskauer Sowjet gegen das Londoner Memorandum

(Intell.) Moskau, 24. April.

Der Moskauer Sowjet nahm in seiner letzten Sitzung eine von Kamenow beantragte Resolution an, in der erklärt wird, daß die Londoner Beschlüsse der Westmächte, die in Form und Inhalt gleich unerhöht seien, nichts anderes bedeuten, als Rußland auf das Niveau einer Kolonie für die Befriedigung des fremden Kapitals herabzubringen. Der Moskauer Sowjet fordert von der Sowjetregierung die energische Abwehr dieser unfairen Forderungen, die zu neuen Kriegen führen würden, und gibt gleichzeitig seiner festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die Sowjetregierung mit unerschütterlicher Festigkeit und Energie Rußland gegen die Forderungen der Vorkämpfer der kapitalistischen Staaten schützen werde.

Deutschland und Georgien

(Intell.) Moskau, 24. April.

Die Regierung Georgiens hat in einer Note an die deutsche Regierung erklärt, daß sie sich genötigt sehe, die deutschen Staatsbürger, die in Georgien leben, zum Verlassen Georgiens zu ver-

anlassen, da die deutsche Regierung die wiederholten Angebote, ein Handelsabkommen mit Georgien abzuschließen, unberücksichtigt und sogar ohne Antwort gelassen habe. Der deutsche Geschäftsträger in Moskau, Herr Biedensfeld, hatte in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit Karachan, dem Stellvertreter Tschischewins, der ihm die Vermittlung der Sowjetregierung bei dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und den transkaukasischen Republiken anbot.

Das Geständnis

Zu der Erklärung des Genossen Ludwig, daß die Zentrale für Heimatsdienst bei den Reichstagswahlen 1920 die Koalitionsparteien mit drei Millionen Mark Geld unterstützt hat, schreibt u. a. die Sozialistische Korrespondenz:

„Selbstverständlich hat die Zentrale für Heimatsdienst eine Reihe von Broschüren und Flugblätter herausgegeben, welche die Tätigkeit der Regierung rechtfertigen sollten. Und darauf wird wohl keine Regierung jemals verzichten können. Das soll Korruption sein!“

Das Gefühl für politische Sauberkeit ist natürlich gewissen rechtssozialistischen Führern längst abhanden gekommen. Daher auch die dummdreiste Frage: Das soll Korruption sein?

Professor Nicolai verhaftet

Die Dege gegen den Professor Nicolai, der wegen seiner pazifistischen Gesinnung Deutschland verlassen mußte, dauert auch im Auslande fort. Ein Berliner Mittagblatt bringt folgende Notiz:

Nach einer Blättermeldung aus Buenos Aires wurde der deutsche Gelehrte Nicolai, der einen Ruf als Professor an der Universität in Buenos Aires angenommen hat, im Augenblick seiner Ankunft als unliebsamer Fremder verhaftet. Nicolai wurde allerdings unmittelbar darauf wieder freigelassen. In einem Interview habe der Professor erklärt, seine Verhaftung sei wahrscheinlich durch eine Denunziation früherer preussischer Offiziere hervorgerufen worden, die auch auf dem Schiff mit ihm reisten. Die Offiziere hätten ihn während der Reise zwingen wollen, dem Kaiser zu huldigen. . . .

Die Auslandsdeutschen pflegen bei jeder Gelegenheit zu erklären, daß sie an der Ehre Deutschlands ganz besonders interessiert sind. Nationalistische Mißgesinnungen scheinen einer gewissen Sorte von Leuten jedoch noch wichtiger zu sein als das Ansehen ihres Vaterlandes.

In Argentinien gefallen sich die Deutschen mehr noch als anderswo in heberischen Ausschreitungen, und der deutsche Gesandte, selbstverständlich ein Beamter aus der Kaiserzeit, pflegt an derartigen Veranstaltungen regelmäßig teilzunehmen. Es sei nur an die Entfaltung eines Krügerdenkmals und an den Skandal, der sich mit dem Korrespondenten der „Vossischen Zeitung“ in Argentinien abspielte, erinnert. Dieser Herr wurde seinerzeit wegen „Bolschewismus“ verhaftet und es dauerte geraume Zeit, bis sich der deutsche Gesandte um seine Freilassung bemühte.

Sie verdienen sich zu Tode

Ein verfluchtes Königreich!

Die Vereinigten Darbarger Oelfabriken J. Thöni schließen ihr Geschäftsjahr mit einer Verliebenschung ihres Reingewinnes gegenüber dem Vorjahre ab und bringen daraus 25 Prozent Dividende und 50 Prozent Bonus zur Verteilung. In Wirklichkeit ist die Dividende aber 300 Prozent, denn für die Gewinnverteilung sind zugleich 31,5 Millionen Mark einbezogen, die erst im März dieses Jahres zur Einzahlung anstehen sind. Das

Der Film am Dienstag

Volkstheater

Die in der „Freiheit“ durch eine Reihe von Artikeln angeregte aktive Stellung der organisierten Arbeiter und Angestellten zum Film, hat ein viel tausendmaliges Echo in den Massen hervorgerufen. Die Linkspresse ist in überstimmender Ansicht für das Projekt eingetreten. Vor kurzem ist gar im „Vorwärts“ von der SPD, die bisher nur zögernd der Angelegenheit näher trat, eine offizielle Zustimmung erfolgt. Heute ist der Gedanke nicht mehr zu erschüttern, und innerhalb dieses Jahres werden wir die Volkstheater haben.

Von dem Sturmwind des Willens der Massen sind alle „Wenn“ und „Aber“, die einzelne Vertreter der Organisationen erhoben, hinweggefegt. Von vielen Seiten sind in der letzten Zeit Referate erbeten worden, um Informationen zu erhalten, wie wir schnellstens zu einer Volkstheater kommen.

Abgesehen davon, daß ich mit den vielen Genossen übereinstimme, die in ihren Aufschriften erklären, nicht handeln ist schlimmer als falsch handeln, liegt hier keine Befürchtung vor, falsche Wege zu gehen. Ein Grundsatz muß meiner Ueberzeugung nach befolgt werden: Die von uns propagierten Filme müssen unsere Weltanschauung vertreten, dürfen aber nie parteipolitische Fragen berühren. Auf gewerkschaftliche Organisationen, auf Elternbeiräte usw. muß die Filmvolkstheater aufgebaut werden. Eine Anzahl Kinos steht für Vorführung unserer Filme bereits zur Verfügung.

In den bevorstehenden Versammlungen, wo die Zeichnungen für die Filmvolkstheater erfolgen können, wird der wirtschaftliche Aufbau näher erläutert werden. Aus bisherigen Zuschriften ist zu ersehen, daß die Beteiligung viel größer wird, als wir erwartet haben. Die Leitung der Filmvolkstheater wird sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die gewählt werden und jederzeit abberufbar sind. Die Gewählten befinden über vorgelegte Manuskripte und über die der Volkstheaterbühne zur Annahme vorgeschlagenen Filme. Es steht außer Frage, daß die Volkstheater innerhalb einiger Jahre das bestbesuchteste Filmunternehmen Deutschlands wird.

Dies geht schon aus dem Umstand hervor, daß heute die in Deutschland vorhandenen Kinos eine Gesamtjahresleistung von mehreren hundert Millionen Mark haben, wovon 80 Prozent von der werktätigen Bevölkerung aufgebracht werden. Die Wirkung der Volkstheater auf den Filmgeschmack und damit auf die allgemeine Filmfabrikation wird

in dem Maße groß und heilsam sein, in dem die Volkstheaterbühne selbst an Umfang zunimmt. In dem Moment, da die Filmindustrie steht, daß die von uns erstrebten Produkte Geld bringen, wird sie sich bemühen, durch Anpassung ihrer Filme, unsere Kundenschaft zu erwerben. Die Mitglieder der Volkstheaterbühne erhalten so eine Filmunterhaltung von höherem geistigen Inhalt, ihrem Empfinden und ihrer Ueberzeugung entsprechend zu einem sehr erheblich billigerem Preise.

Martin Berger,

Im Anschluß an die Ausführungen Martin Bergers bemerken wir:

Wir werden Ort und Zeit der von mehreren Seiten in Aussicht genommenen Versammlungen, in denen über die Volkstheatergründung beraten werden soll, immer rechtzeitig im „Film am Dienstag“ bekanntgeben. Damit wird der Arbeiter sich Gelegenheit geboten werden, Einblick „hinter die Kulissen“ des Filmgeschäftes zu gewinnen und nach Abwägen von Gründen und Gegenständen sich zu tatkräftiger Stellungnahme zu diesem wichtigen Thema durchzurufen. Unsere sozialdemokratischen Polizeipräzidenten aber werden wir bitten, uns — während wir bemüht sind, den Film dem Sozialismus, der Republik, kurz: der Menschenwürde dienlich zu machen, wie man ihn bisher dem Gegenteil davon unter Polizeischutz denkbar machen durfte — ausnahmsweise einmal durch bewaffnete Moskito nicht auseinanderzulassen.

Er tat es nämlich deutlich. Da lief am Kottbuser Damm der „Friedrichs Alex“ und rief einen Teil des Publikums zu monarchistischen Kundgebungen hin, deren Berechtigung und Wert durch Abhängen des „Heil dir im Siegerkranz“ dokumentiert wurde. Im Siegerkranz, der doch eine höchst ehrenvolle Auszeichnung sein muß, wenn man ihn dadurch verdient, daß man das Vaterland erst in den Dreck fährt und hinterher nach Holland ausweicht! Der Teil des Publikums, der gegen den monarchistischen Nummel einschritt, wurde von Polizeibütteln auseinandergeprengt, damit die patriotische Fete ohne Störung verlaufe, und im Polizeipräzidenten Richter beim Publikum des in seinem Vorzimmer hängenden Bildes seines Vorgängers, Herrn von Jagow, kein Reich aufkomme!

Oder ist das Vorgehen des Genossen Richter damit zu erklären, daß er — da er ein leidenschaftlicher Kino-besucher ist und von den Ehrenkarten, die dem weitaus unbeamteten Sozialdemokraten noch nicht zustoßen, nun ausgiebigen Gebrauch macht — daß also er von der Tendenz der bisher gezeigten Filme seine geänderte Weltanschauung

besieht? Ist er wirklich nur ein verzogenes Produkt seiner geistigen Nahrung, nämlich des Kinos, wie es leicht ist, dann ist zwar die Beeinflussbarkeit seiner Psyche bedauerlich, dafür aber muß großer die Aussicht, ihn mit unseren Filmen, zumal deren Sache die edlere sein wird, zurückzugewinnen! Wir geben also auch dies verlorene Schaf noch nicht auf!

Filmschau

Im „Marmorhaus“ sah man „Die Kreuzer-Sonate“. (Nach Tolstois Roman bearbeitet von F. Carlson, Regie: R. Peterien.) Von Tolstoi ist nicht viel übergeblieben in diesem Film. Das war ja auch nicht anders zu erwarten, Tolstois Sonate ist eine ungeheure Anlage gegen die heutige Gesellschaft und gegen eine ihrer heiligsten Einrichtungen: die Ehe. — Selbst, wenn sie etwas verfilmen könnten, die Kinosäle von heute würden es ja gar nicht wagen, ihrem Publikum so ernste, schwere und unruhigende Gedanken vorzusetzen. So wird denn aus der „Kreuzer-Sonate“ einer der üblichen Ehedrama-Filme gemacht, und Tolstois Name wird nur zu Klammerzwecken an die Spitze gesetzt. — Im übrigen ist der Film nicht schlechter und nicht besser als alle diese unglücklich langweiligen und überflüssigen Gesellschaftsfilme, von denen man in Deutschland (schon seit jeder Woche ein neues Duzend produziert. Nur zwei russische Schauspieler (Tatjana Taraschina und Stephan Rudnezoff) in zwei Nebenrollen fallen angenehm auf.

Der Hauptfilm des „M. T. Mollendorf“ heißt „Der Fall Standing“, Kriminalroman von Hans Hyan. Er ist ebenso dumm und gefühlerlos wie die meisten anderen deutschen Kriminalfilme, dann aber noch ganz besonders langweilig. — Ihm voraus geht ein amerikanischer Film: „Die Sklavinnen des Banditen“. Dieser Film ist zwar genau so albern und kindisch wie sein Titel, voll überflüssiger Handlungsdetails; aber W. Hays, der die Hauptrolle spielt, ist kein Schauspieler, sondern ein Mensch, schon wie ein schönes Mädel. Es ist ein hoher Genuß, zu sehen, wie er geht, wie er lacht, wie er reitet, läßt, bört. Das ist so schön, sogar ohne Theater, daß man die Albernheiten des Films immer wieder darüber vergißt. Wieviel könnten unsere Filmchauspieler von diesem Amerikaner lernen, der kein Schauspieler, sondern ein Cowboy ist!

Eingeleitet wird das Programm dieses Ufa-Theaters durch einen „Lehr-Film“. „Der Friedensvertrag von Versailles“. Dieser „Lehr-Film“ steht nicht nur, was die Politik und die Gesinnung, sondern auch was die Wahrhaftigkeit angeht, so etwa auf dem Niveau einer deutschen nationalen Tageszeitung. Das heißt: er ist ebenso dumm wie verlogen. Er zeigt in seinem ersten Teil (die anderen kommen erst noch!) die Gebiete, die der Versailler Vertrag von Deutschland abtrennt: Elsaß, Posen usw. Er zeigt z. B. das Straßburger Münster — aber die zerstörten Kathedralen von Nordfrankreich zeigt er nicht. Er zeigt Teile von Polen,

wirkliche im ganzen Geschäftsjahr "tätige" Aktienkapital betrug nur 10,5 Millionen Mark, dem nun insgesamt 31,5 Millionen Mark Dividende — von 42 Millionen Mark Reingewinn — gegenübersteht. Es liegt hier also nicht nur ein großzügiger Beitrag der Öffentlichkeit, sondern ein nicht minder großzügiger Beitrag der Steuerbehörden vor.

Aber so riesenhaft die diesen Aktionären zustehende Dividende auch anmuten mag — auch sie ist nur ein Bruchteil des Gesamtgewinnes, den die Aktionäre von Thorsis-Defabriken für das abgelaufene Geschäftsjahr bezogen haben. Denn erst im vorigen Monat sind jedem Aktionär für jeden einzelnen Aktienanteil drei neue Aktien zum Preis von insgesamt 3000 Mark gegeben worden. Da aber der Kurswert jeder dieser Aktien heute 78 000 — achtundsechzigtausend — Mark, also mehr als das 25-fache betrug, so hat jeder Aktionär auf jede Aktie für 3000 Mark Neuzugabe den tatsächlichen Gegenwert von 234 000 Mark erhalten. Alle Aktionäre zusammen erhielten aber rund zweieinhalb Milliarden Mark. Bezahlt haben sie dafür genau genommen nichts, denn da ihnen das Unternehmen aus dem Gewinn des Geschäftsjahres fast so viel verteilt hat, als sie für die neuen Aktien hätten erlegen müssen, so sind ihnen die zweieinhalb Milliarden Mark geschenkt, nur mit dem Unterschied, daß der Fiskus durch diese umständlicher aufgemachte Schenkungsmethode auch um die Schenkungssteuer neppelt ist.

Gegen den Wucher mit Baustoffen?

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für Siedlungs- und Wohnungswesen sagte, wie der P. R. mitgeteilt wird, in seiner Sitzung am 22. April 1922 auf Antrag des Mitgliedes Prof. folgende Entschliessung über die Erhöhung des Einheitsfußes für die Ueberenerungsansprüche: „Der Ausschuss hält die Erhöhung des Einheitsfußes für den Quadratmeter Wohnfläche bei der heutigen allgemeinen Preissteigerung nicht mehr für ausreichend. Diese Sätze sind zur Sicherung der Finanzierung auf mindestens das Fünftfache als untere Grenze für die Höchstätze unzulässig festzusetzen.“ Ferner wurde über die Arbeitsbeschäftigung und den Gemeindevorteil folgende Entschliessung gefaßt:

„Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung, erhöhte Mittel für Arbeitsbeschäftigung zur Erhaltung von neuen Beamtinnenwohnungen zur Verfügung zu stellen, da die Gemeinden dem Verlangen des Reiches, die Hälfte des durch Darlehen nicht gedeckten unrentierlichen Bauaufwandes aus eigenen Mitteln herzugeben, bei ihrer mangelhaften Finanzlage nicht mehr nachkommen können. Gleichzeitig wird die Reichsregierung ersucht, auf die Länder in gleichem Sinne einzuwirken.“

Nach längerer Besprechung über die Lage des Baustoffmarktes wurde beschlossen, einen Arbeitsausschuß zur Untersuchung der Baustoffpreise einzusetzen, der seine Untersuchungen zunächst auf Holz, dann auf Kalk, Mörtele und Glas zu erstrecken hat und dem überlassen wird, die Untersuchungen auf weitere Baustoffe auszuweiten.

Der Wucher mit Baustoffen ist so groß, daß hier längst hätte energisch eingeschritten werden müssen. Man beschränkt sich aber darauf, die Baustoffpreise — zu untersuchen! Eine Sozialisierung der Baustoffindustrie ist äußerst notwendig.

Der Sozialismus des Generals der Kavallerie

Den deutschen Generalen muß man von vornherein mildere Umstände zubilligen, wenn man ihre politischen Äußerungen betrachtet. Es sind in der Welt des Rekrutendrills aufgewachsen und ihr Horizont erstreckt sich meist nur auf die militärischen Begriffe sowie auf ihre „Treu“ zum Hohenzollern. Die „Kreuzzeitung“ läßt in ihrer Nummer 191 den General der Kavallerie Freiherr von Vietinghoff über das Thema „Die Sozialdemokratie und ihre Wirkungen im Völkerverleben“ zu Wort kommen. Wir finden in dem langen Aufsatz fast durchweg die bekannten Angriffe ostbayerischer Kreisblätter gegen die Sozialdemokratie zusammen-

getragen, wie sie vor zwanzig und dreißig Jahren häufig gegen und gerichtet wurden. Heute ist man in Pommern und Ostpreußen vorsichtiger, in Berlin aber in der „Kreuzzeitung“ läßt ein General der Kavallerie diesen Stapel alten konservativen Agitationsmaterials gegen uns los. Und so vernachlässigen wir denn, daß die Erziehungsarbeit der Hohenzollern darauf gerichtet gewesen wäre, die Stunde, die zur Führung und zum Vorbild des Volkes ausereichen gewesen wären, mit dem Geist des wahren Sozialismus zu durchdrängen.

Hohenzollern und Junker waren demnach also die wahren und echten Sozialisten. Für die Sozialdemokratie aber sei der Staat nur die Futterkrippe, um aus ihr möglichst viel materielle Vorteile für die Partei, noch mehr für den einzelnen zu ziehen. Das sagt der General der Kavallerie. Wie sich doch in seinem Kopfe die Welt malt. Die Junkerfamilie hat jahrhundertlang den Staat beherrscht. Sie ist es gewesen, die an der Futterkrippe gestanden hat und zum Teil auch heute noch steht. Der Sozialdemokratie, die diesen Zustand beseitigen will, wird jedoch nahegelegt, daß sie sich nach der Futterkrippe drängt. Dann führt der General aus, die unreife Jugend verdiene überhöhte Löhne, um sie ausnahmslos oft in heiderlicher Weise zu vergeuden. Auch das sei ein Ergebnis sozialdemokratischer Lehren. Das sind nur so einige Kostproben aus dem Artikel des Generals. Daß es in Wirklichkeit die Jugend der Junker- und Kapitalistenfamilie ist, die Unsummen Geldes leichtsinnig verschwendet, ohne nützliche Arbeit zu leisten, steht der General natürlich nicht. Sein Born gilt der Arbeiterjugend und ihren „überhöhten Löhnen“.

Soweit vom Sozialismus des „Kreuzzeitungs“-Generals. Er möchte zurück zum Feudalismus, zum Absolutismus, zur Untertanenrente. Das ist sein „Sozialismus“.

Ein Kommunist als Gymnasialdirektor
Die „Kreuzzeitung“ teilt resigniert mit, daß der zum Direktor des alten Friedrichsgymnasiums in der Albrechtstraße gewählte und befristete Studienrat G. v. S., Mitglied der kommunistischen Stadiverordnetenfraktion, sein Amt angetreten habe und vom Magistrat endgültig mit dem Anstellungstag des 1. Oktober 1921 als Studiendirektor angestellt worden sei. Und die Welt sieht immer noch! Was für die „Kreuzzeitungs“-leute gewiß das größte Rätsel ist.

Der Internationale Gewerkschaftskongress
In der gestrigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses ergriff als erster Redner Mertens-Belgien das Wort und begründete in einem längeren Referat seine Resolution, die sich mit dem Kampf gegen die Reaktion beschäftigte. In dem Referat wies er darauf hin, daß in diesem Kampf gegen die Offensive des Kapitals eingeschlossen werden müsse, die sich deutlich in den Anschlüssen der Unternehmer gegen den Achtstundentag und die soziale Gesetzgebung äußere. Die Resolution Mertens rief eine längere Debatte hervor, die zum Teil sehr scharf war. Die Resolution wurde von fast allen Rednern bemängelt, weil sie ihre Forderungen nicht genügend scharf präziserte. So erklärte Dumoulin-Belgien, in dieser Resolution fehle die Aufforderung, den Kampf gegen die Reaktion unverzüglich aufzunehmen, ebenso fehle darin ein besonderer Hinweis auf den weißen Terror in Ungarn und Spanien. Ferner müsse in der Resolution klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die Reaktion eine Hauptstütze in jenen Regierungen finde, die unter dem Schlagwort „Völkereidnis“ Angriffe gegen ihre Arbeiterklassen bemängeln

ihnen die Dange herunterkollert, wenn ein Härte so gnädig ist, einem einfachen Schmied die Hand zu drücken. Für einen solchen Härten zu sterben oder von ihm sich verprügeln zu lassen, muß das nicht für einen treuen Untertan süß und ehrenvoll sein?

Es ist darum unverständlich, daß man in einem Kino am Potsdamer Platz (und wahrscheinlich auch in vielen andern) den „Friederich Rex“ ohne das Bild zeigt, wo Friedrich Wilhelm die Kanonendonner auspeitscht! Warum unterschlägt man das auf einmal? Hat man so wenig Vertrauen zu dieser Heldentat des Soldatenkönigs, daß man plötzlich fürchtete, ihn durch Vorführen dieser einzigen historischen Wahrheit, die der Film enthält, herabzusetzen? Fällt auch die weg, dann ist ja die Propagierung des monarchischen Gedankens ganz und gar auf Mittel angewiesen, die — seiner würdig sind!

Im Oberstüb des Rarmorhauses „Es waren zwei Königs-Kinder“ steht der junge König die Primaballerina, aber so feuch, daß sie sich zum Schluß ruhig als seine Schwelger verputzen darf. Der Film (von Hans Gaus verfaßt, von Arthur Wänzlberg inszeniert) ist frei von den üblichen Geschmackslosigkeiten, er hat Grazie, feinen Humor, ein logisch gebautes Manuskript — aber seine nervenaufpeitschenden Begebenheiten. Er ist also, wie man zu sagen pflegt, kein Publikumserfolg. Leider!

Ein Publikumerfolg in diesem, d. h. in schlechtem, Sinn ist der „Palastkaiser“. Sein Verfasser, Armin Peteren, ist geschickt, bedauerlicherweise viel zu geschickt im Appellieren an die niederen Instinkte der Masse. Die Unwahrscheinlichkeiten, die Märchenhaftigkeiten haben Methode, was ihre schädliche, vergiftende Wirkung nur noch erhöht. Ich warne vor dieser Art Schund um so nachdrücklicher, als ich Peteren persönlich kenne und es mich betrübt, ihn auf Abwegen zu sehen!

Zum Schluß eine Bitte an die Oswald-Victorleute, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, in „Chaplin-Boxen“ dem deutschen Kinobesucher zu zeigen, was Komik, Wit, Humor heißt: Man bringe nicht zu viel des Guten, sondern lasse in den anderthalb Stunden höchstens drei, aber nicht vier, Chaplin-Filme laufen, dann wird man auch nicht gezwungen sein, die Einzelheiten dieses einzigartigen Komikers, die wir gründlich genossen wollen, durch hastiges Abturlen zu verwässern!

D. K.

Tages-Notizen
Kunsterlöse für die Gungarnen in Rußland. Der Bistock Hermann G. H. L. hat...

Manuskripte. Die Archivalienabteilung im Staatsarchiv hat...

wollen. In dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages zur gegenwärtigen Zeit sieht Dumoulin eine Stärkung des nationalen Hordes. Smilke-England bemängelt an der Entschliessung Mertens den Passus, in dem gesagt wird, daß der Internationale Gewerkschaftsbund die einzige Macht sei, die den dauernden Frieden erringen könne. Er weist darauf hin, daß auch die politischen Organisationen an der Befriedung der Welt arbeiten sollen und daß der wahre Friede nur dann errungen werden könne, wenn das Proletariat die Produktion selbst übernehme.

Am Nachmittag ereignete sich ein kleiner Zwischenfall. Als der Vorsitzende dem Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, das Wort erteilen wollte, erhob sich der französische Vertreter Bourderon und erklärte, er erhebe Einspruch dagegen, daß Thomas spreche. Dieser habe dem Kongress nichts zu sagen, und er, Bourderon, werde sofort den Saal verlassen, falls Thomas dennoch das Wort erteilt werden solle. Es entstand zunächst eine peinliche Stille. Als Thomas das Wort dennoch erhielt, verließ Bourderon den Saal. Thomas schiederte in einer allgemeinen Rede die Beziehungen zwischen dem Internationalen Arbeitsamt und dem Gewerkschaftsbund und hob hervor, daß das Arbeitsamt sehr viel leisten könne, Vorbildung hierfür sei aber eine entsprechende Entwicklung des Gewerkschaftsbundes.

Den Schluß der Sitzung bildete ein Referat Fimmens über den Militarismus, dessen Auswirkungen er an Hand lehrreichen statistischen Materials aus der Kriegs- und Nachkriegszeit erläuterte.

Im Barcelona sind, einer Volksmeldung zufolge, zwei sozialistische Attentate verübt worden, denen zwei Menschenleben zum Opfer fielen.

Die Eidesformel. Man braucht vor Gericht den Eid nicht in der religiösen Formel abzulegen. Die Richter können die Zeugen darauf hinweisen, daß sie auch die nichtreligiöse Formel wählen können. Sie tun es aber vielfach nicht! Die Deutsche Liga für Menschenrecht hat daher an den Reichsjustizminister ein Gesuch gerichtet, auf das Dr. Sodbruch geantwortet hat: Eine gesetzliche Verpflichtung des Richters, die Beteiligten über die Form der Eidesleistung zu belehren, besteht nicht, vielmehr ist es dem pflichtmäßigen Ermessen des Richters überlassen, ob er dem Schwurpflichtigen auf das ihm in der Verfassung gewährte Recht noch besonders hinweisen will. In einem vor einiger Zeit an die Bundesjustizverwaltung gerichteten Rundschreiben habe ich mich dahin ausgesprochen, daß es mir erwünscht erscheint, den Richtern nahezu legen, von diesem Ermessen in möglich weitest Umfang Gebrauch zu machen. Die Zeugen, denen die religiöse Formel nicht zusagt, können natürlich darauf bestehen, daß sie den Eid in der nichtreligiösen Formel ablegen.

Das Protokoll des Leipziger Parteitag ist soeben im Verlag der Leipziger Buchverlagsgesellschaft erschienen und von dort für alle Parteibuchhandlungen zu beziehen. Der Verkaufspreis beträgt 2,— M. Parteiorganisationen erhalten Preisermäßigung. Bestellungen sind an obigen Verlag zu richten.

Ein Pfund Saatkartoffeln — 10 M. Die „Tägliche Rundschau“ teilt mit: In Sondershausen und anderen thüringischen Städten kommen seit einigen Tagen Frühkartoffeln zum Verkauf. Für ein Pfund werden zehn Mark gefordert. Die thüringischen Zeitungen verlangen das Einschreiten der Wuchergerichte gegen diese Preise. Wird man auch diesem Wucher freie Bahn lassen?

Luftverkehr zwischen Moskau und Berlin. In den ersten Tagen des Mai wird, wie in zünftigen Kreisen angenommen wird, der Luftverkehr zwischen Moskau und Berlin eröffnet. Die beiden wichtigsten Zwischenstationen werden Riga und Königsberg sein. Die Luftschiffe sind für je sechs Passagiere eingerichtet. Die Bedeutung dieses Luftverkehrs liegt vor allem darin, daß er die Verkehrsverbindungen zwischen Rußland und dem Ausland beschleunigt.

Groß-Berlin
Deutschnationaler Schulfreik in Neukölln

Die christlichen Elternbeiräte haben, statt der bisherigen drei Schulen, den Generalfreik für alle konfessionellen Schulen Neuköllns beschlossen. Es kommen evtl. 31 Schulen in Betracht. Der reaktionäre Geist dieser Elternbeiräte, die sich zur Täuschung für die Eltern den Namen „Christlich und politisch“ angeeignet haben, ist offenbar. Der Leiter derselben ist Sekretär der Deutschnationalen Partei. Das gesamte orthodoxe Pfaffenamt steht dahinter und schürt und hebt Arbeiter-Proletariat gegeneinander. Leider finden sich auch Arbeitereltern, besonders Frauen, die Parolen dieser Art mit fanatischem Eifer zur Ausführung zu bringen.

Was muß nun als Grund zu ihrem Schulfreik gelten? Auf Anordnung der Schulverwaltung nach umständlicher Prüfung und schriftlicher Genehmigung des Ministeriums, wurden der 3. weltlichen Knabenschule im Schulbaue Mariendorfer Weg angewiesen. Die Zuweisung erfolgte aus schultechnischen Gründen, zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Schulräume, nach Maßgabe der Klassen- und Schülerzahl, um geeignete, ausreichende Räume für die Zwecke des Gemeinschaftsunterrichts in Musik, Gesang, darstellende Kunst, Werkunterricht usw. zu bekommen; ferner auf den dringenden Wunsch des Elternbeirates der 3. Schule, der forderte, mit der 6. weltlichen Mädchenschule, die sich bereits im Mariendorfer Weg befindet und deren Elternschaft fast die gleiche ist wie die der 3. Knabenschule, vereinigt zu werden, um der Vereinigung der Geschlechter, einer gemeinsamen Schulleitung und um einem gemeinsamen, weltlichen

Best in beiden Schulen die Wege zu ebnen. Die Konfessionelle 87. Schule mußte tauschen und die bisher von der 8. Schule innegehabten Räume in der Kuefbeckstraße beziehen. Da sich schon längere Zeit einige Klassen dieser Schule dort befanden, deren Vereinigung sich damit gleichzeitig ermöglichte. Darob nun wütendes Geschrei bei den deutschen nationalen christlichen Elternbeiräten. (Die Tagung der evangelischen Arbeitnehmer am 2. Ostertag in Spandau hat den konterrevolutionären Charakter der sogenannten Christen zur Genüge bewiesen, mit ihren Resolutionen für nationales Deutschland, für Wiederherstellung der Quellen alter, deutscher Volkskraft — dies: „Wilhelm, Militarismus, Krieg.“).

Die christlichen Elternbeiräte Neufuß sind nur Marionetten des reaktionären Pöbels- und nationalen Bürgerturns. Kein organisierter Arbeiter, der etwas auf seine Klassenrechte hält, darf deshalb den Streikaufruf folgen. Mit größten Unwahrheiten und Uebertreibungen, mit dem Appell an die niedrigsten Instinkte des Egoismus und des Hasses werden die Eltern hinterlistig geführt, nur für die Schulreaktion mißbraucht zu werden. Dieselben Christen, die bei jedem Streik um ein Stückchen Brot Streikbrecherdienste leisten, versuchen jetzt mit allen Mitteln pöbelhaftesten Terrors diejenigen Eltern, die nicht auf ihrem orthodoxen, deutschnationalen Boden stehen, zum Mitschicken zu zwingen. In Wahrheit richtet sich ihre maßlose Wut gegen die weltlichen Schulen, gegen die sozialistische Schulverwaltung, wie gegen die aufgeklärte sozialistische Arbeiterklasse überhaupt. Die Kirche soll wieder unbeschränkter Herr der Schule werden.

Die Eltern der weltlichen Schulen werden sich auf alle Fälle in Alarmbereitschaft zu setzen haben. Genossen, wirks mit allen Mitteln dahin, daß kein organisierter Arbeiter sich von diesen Reaktionären mißbrauchen läßt. Bei den nächsten Elternbeiräteversammlungen werden an allen Schulen gemeinsame Listen der SPD., USPD. und KPD. aufgestellt werden, um den heute von den „Christen“ terrorisierten Eltern eine geeignete Vertretung zu schaffen.

Unsere Mai-Festschrift

„Wesfeiertag“ ist die achtsseitige Schrift genannt, die von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ zum 1. Mai herausgebracht wurde. Karl Weber lieferte die kraftvollen Schwarzweiß-Zeichnungen: das vollseitige Titelbild „Der Schwur“, den Originalschnitt „Revolution“, den Jugendherold und sonstigen Schmuck.

Im Textteil weist Gen. Ledebour den Weg zur Macht, indem er Rück- und Vorschau hält über die proletarische Weltrevolution, die nicht „vorbei“ ist und in der — ein vorzügliches Bild — die sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften, Genossenschaften als gute Schwimmer den Kopf behändig über Wasser zu halten haben! Die Parole lautet: Revolution und Reformen! Gen. Crispian behandelt das Problem: Erkenn' und handle! Er drückt der rechtssozialistisch-kapitalistischen Koalitionspolitik von Roske bis Steinues den Wastel ihrer drei Nöhre auf die Stirn. — Genossin Nemitz schreibt „Am den Achtstundentag“. Einst feierten wir den 1. Mai, ihn zu erringen, heute; auf daß wir ihn uns erhalten! Von der sozialpolitischen Seite paßt die Genossin Wurm das Problem; sie erörtert das Thema: Die „Gleichberechtigung“ der Frau in der deutschen „Republik“. — Von Betriebsräten und 1. Mai spricht Gen. Wed., vom Waientag der Jugend Oadma, der dem Wunsche bereiten Ausdruck leiht, wir möchten endlich zu einer idealen Ausgestaltung des Waisfeiertags gelangen.

Poetische Beiträge von Doria (Text zum Titelbild) und Christian Morgenstern sprechen aus dieser edlen Festschrift zu uns. Von besonderem Rang ist eine Szene aus dem Gen. Toller Schauspiel „Die Maschinenwäuer“, und zwar aus der Versammlung der Arbeiter, die da wollen, daß die Maschine nicht ihr Tyrann bleibe, sondern ihr Werkzeug, ihr Diener, ihr Helfer werde!

Die Festschrift ist — für die besten Preis-Verhältnisse — recht billig; sie kostet 2 Mark. Wir halten es für Ehrenpflicht jedes Genossen, jeder Genossin, sie zu erwerben und ihren himmelstarken Inhalt in sich aufzunehmen. G. D.

Rückgang der Erwerbslosen in Neukölln

Ein auffallendes Sinken der Erwerbslosenziffer ist neuerdings in dem an Arbeitskräften reichen Bezirk Neukölln in die Erscheinung getreten. Nach den amtlichen Ermittlungen befinden sich hier in unmittelbarer Fürsorge der Stadtgemeinde am 1. Januar 1922 7000, am 1. Februar 5450, am 1. März 4618 und am 1. April d. J. nur 2313 unterstützungsberechtigte Personen, die in der Hauptsache als ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen z. T. auch jetzt noch der Kontrolle durch den städtischen Arbeitsnachweis unterliegen. Eine in gleichem Umfange erkennliche Abwärtsbewegung ist hinsichtlich der gelerneten Kräfte zu beobachten. Hier bietet die Bekleidungs- und Schuhindustrie infolge des zeitweiligen Hervortretenden völligen Mangels an Rohmaterialien sogar vielfach Schwierigkeiten. Diesem Umstande ist es auch in erster Linie zuzuschreiben, daß die den verschiedenen Berufsgruppen angehörigen Arbeiter für den Fall der Entlassung jenseit nur „kurzfristige“ erwerbslos bleiben. Die Fürsorge im Bezirk Neukölln erfordert unter alleiniger Veranschlagung der von den städtischen Stellen gezahlten Unterhaltungen für den verflochtenen Monat rd. 1 1/2 Million M.

Spandau. Die Malsfeier findet am Montag von nachmittags 4 Uhr ab in Vobels Parkstr. Hagensfeld, hat. Der Arbeiterschutzverein, die freie Turn- und Sportvereinsvereine sowie eine erstklassige Konzertkapelle werden für Unterhaltung sorgen. Gen. Reichardt, J. Künstler hält um 5 Uhr die Festsprache. — Die Genossen werden ersucht, für guten Abgang der Eintrittskarten Sorge zu tragen. — Die Abrechnung der Eintrittskarten hat beim Gen. Oelmann spätestens Montag bis 3 Uhr im Festlokal zu erfolgen. — Nicht abgelieferte Karten gelten als verkauft.

Die Frage der Schulkosten. Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Bundes entschiedener Schulreformer ersucht die Reichsregierung, alsbald eine Vorlage einzubringen, durch welche den Vätern die Erhebung einer besonderen Schul- oder Bildungsteuer ermöglicht wird. Die allgemeine Erhebung des Schulgeldes ist nicht zu verteidigen, obgleich sie immer nur einen geringen Bruchteil der Kosten des höheren Schulgeldes aufbringt, belästigt sie die kinderreichen Familien aus Proletariat und Mittelstand unerträglich, während die Kinderlosen und Unverheirateten verschont bleiben. Staffellung des Schulgeldes rufen außerordentliche Erhebungsschwierigkeiten hervor und erbringen nicht ausreichende Summen, da die Zahl der Freistellen vermehrt werden muß und die Reichsten den Ausweg der Abwanderung in Privatschulen behalten, auch die Gefahr harter Rücksichtnahme auf Schüler mit besonders hoher Schulgeldleistung erwächst. Der Gedanke der Einheitschule verlangt die Abschaffung des Schulgeldes. Allein durch eine Schulsteuer können die notwendigen Mittel beschafft werden, daß jedes Kind die seiner Eigenart entsprechende Schulung erfährt!

Teuerungszuschüsse für Mai 1922. Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in Neukölln bittet uns, besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Teuerungszuschüsse für den Monat Mai nicht durch die Post zu

gehanot werden, sondern daß die Auszahlung wegen der erforderlichen Neuberechnung in den Büros der Fürsorgestelle in den letzten Tagen des April und den ersten Tagen des Monats Mai erfolgen wird. In welcher Reihenfolge die Empfangsberechtigten abgefertigt werden, ergibt sich aus der an den Anschlagtafeln veröffentlichten Befragungsmachung, auf die wir besonders aufmerksam machen. Während der Zahlung der Teuerungszuschüsse wird eine anderweitige Abfertigung nur in dringenden Fällen wie z. B. Krankenaufnahmen, Beerdigungen, ärztliche Versorgung usw. erfolgen.

Abgeltung für laufende Handreparaturen. Schmutzeln und Strichen die Berliner Hauswirte am 1. April die mit 120 Prozentzuschlag belegte Miete ein. Bald füllten sich auch die städtischen Klassen mit den bisher zurückgehaltenen öffentlichen Hausabgaben. Dagegen wurden laufende Instandsetzungsarbeiten fast gar nicht mehr ausgeführt, weil die Unkosten hierfür durch die 120 Prozent Zuschlag abgegolten sein sollen, also bis zum Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes nicht wieder ohne weiteres „bilanzmäßig“ den Mietern aufgehakt werden können. Erst nach Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes, vorausichtlich vom 1. Juli ab, ist ein wirksamer Zwang zur Vornahme der notwendigen laufenden Instandsetzungsarbeiten auszuüben. Von Amts wegen kann die Zwangsausführung der erforderlichen Reparaturen und Sperrung eines entsprechenden Teiles der Mieten für den Vermieter angeordnet werden. Bis dahin hielten aber die Hauswirte sich vornehmlich schon fest mit ihrer Tasche für alle nachweisbaren gesundheitlichen Schäden, die durch absichtliche und widerrechtliche Verzögerung der laufenden Instandsetzungsarbeiten entstehen. Bei einer Besprechung im Wohnungsministerium wurden die Mietervertreter ausdrücklich auf den Klageweg verwiesen.

Straßenbahn-Neuerungen. Die Berliner Straßenbahnen werden vom 1. Mai ab eine Reihe wichtiger Neuerungen im Betrieb der einzelnen Linien zur Einführung bringen. Wie erinnerlich, wurden bei der Einführung der bis 1 Uhr nachts hinausgeschobenen Polizeistunde zur Vermittlung des Spätverkehrs auf einer Reihe von Straßenbahnlinien über die übliche Zeit der Betrieb vorläufig verlängert und besonders bei langen Strecken eine Unterteilung im Stadtdinner vorgenommen und die beiden in die Außenbezirke führenden Strecken getrennt bis zum Schlusse betrieben. Dieser Betrieb wurde z. B. auf Linien wie 73, 184 usw. eingerichtet und hat sich bewährt, so daß diese Art Einrichtung zu einer häufigen Einrichtung gemacht werden wird, die zum 1. Mai fahrplanmäßig festgelegt und wenn möglich noch weiter ausgebaut werden soll, wenn sich hierfür ein Bedarf herausstellt. Die Frage des Bedarfs soll vor allen Dingen bei den Bahnhofslinien geprüft werden, die jetzt noch vielfach ohne Rücksicht auf die auf den Bahnhöfen eintreffenden Fernzüge den Verkehr zu einer bestimmten Zeit am Abend einstellen. Es soll namentlich besonders bei den wichtigsten Linien, die an Bahnhöfen vorbeifahren, geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, zu den in den Nachmittunden von den Bahnhöfen ankommenden oder abfahrenden Zügen auf Fern- und Vorortbahnlinien noch Anschlüsse nach dem Stadtdinner einzurichten. Ein derartiger Zubringerdienst zu den einzelnen Bahnhöfen wird nicht zu allen Zügen möglich sein, doch werden sicherlich eine ganze Reihe von Verbesserungen gegenüber dem augenblicklichen Zustand geschaffen werden können. — Dies ist besonders wichtig für Berufsleute in Berlin tätige Personen, die ihren Wohnsitz in den Vororten haben und in den meisten Fällen jetzt keine oder nur schlechte Straßenbahnverbindungen zu den letzten Vorortzügen haben und aus diesem Grunde vielfach die letzten Züge versäumen und dann zum Übernachten in Berlin gezwungen sind. Andererseits treten, wenn dies auch nach Möglichkeit vermieden werden soll, auf den Berliner Fernbahnhöfen eine ganze Reihe wichtiger Fernzüge so spät in Berlin ein, daß die Reisenden dann keine Fahrgelegenheit mit der Straßenbahn mehr haben und auf die Benutzung von Nachtomnibussen oder Taxis angewiesen sind. Dabei wird jetzt angestrebt, daß auch zu den in den Nachmittunden in Berlin eintreffenden Fernzügen noch Straßenbahnlinien zur Verfügung stehen.

Gewerkschaftliches

Manteltarif und städtische Arbeiter

In der Montag-Abendnummer haben wir bereits mitgeteilt, daß irgend eine anonyme Stelle beim Berliner Magistrat ganz falsche Berichte in die Welt setzt und darauf hingewiesen, daß unsere Notiz vom Sonntag, die wir auf diesem Wege erhielten, unrichtig ist. Berichtigend ist folgendes mitzuteilen:

Die Verhandlungen, die Sonnabend stattfanden, und über die wir Sonntag berichteten, fanden unter Vorsitz des Stadtrats Koblenzer statt und bestritten sich in der Hauptsache auf den § 2 des Manteltarifs, und zwar auf die Position geteilte und ungeteilte Arbeitszeit. Ueber diese Fragen ist zwischen den Parteien eine Vereinbarung erzielt worden. Die endgültige Entscheidung jedoch wurde bis zum Abschluß des Manteltarifs zurückgestellt. Das Mitbestimmungsrecht, von dem in unserer Sonntagnotiz die Rede war, ist gar nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Die Verhandlungen selbst wurden gestern mittag im Rathaus fortgesetzt, über deren Ergebnisse wir bis jetzt noch nichts berichten können.

Die Pressestelle des Magistrats, die anscheinend für diese irreführende Berichterstattung verantwortlich ist, hat sich bis jetzt noch nicht gemeldet, um unseren Vorwurf etwa zu entkräften. Da keine Antwort auch eine Antwort ist, so wissen wir und die städtischen Arbeiter von welcher Seite diese anonymen Nachrichten herrühren. Wir verlangen erneut, daß unsere Genossen im Magistrat nach dem Rechten sehen und darauf dringen, daß dieser unhaltbare Zustand abgestellt wird.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit

Am 17. und 18. Juni d. J., also zwei Tage vor dem Gewerkschaftskongress, wird in Leipzig die 2. Konferenz stattfinden, die sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen hat:

1. Bericht des Jugendsekretariats. (Marschke.)
 2. Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. (Dr. Löwenberg.)
 3. Maßnahmen für gewerkschaftliche Jugendkassette. (Siegle.)
 4. Die Neugestaltung des Lehrrechts und die notwendigen Abänderungen der Gewerbeordnung. (Meißner.)
 5. a) Lehrwerkstätten. (Ing. Fröhlich.)
b) Die britische Jugendarbeit der Gewerkschaften. (Wilhelm, Frankfurt a. M.)
- Zu dieser Konferenz sind alle Verbandsvorstände eingeladen, die Orts- und Bezirksauschüsse des ADGB, sowie

Ortsverwaltungen einzelner Verbände, soweit sie für die Jugendarbeit besondere Einrichtungen geschaffen haben, können zu dieser Konferenz Vertreter entsenden. Die Kostentragung erfolgt selbstverständlich in jedem Falle durch die Organisation, die Vertreter entsendet. Die Anmeldung der Delegierten soll bis zum 15. Mai beim Vorstand des ADGB, Berlin SO. 16, Engelkestr. 11, erfolgen. Ebenfalls sind Anträge zur Tagesordnung bis zum gleichen Zeitpunkt einzureichen.

Holzarbeiter zum 1. Mai

Zentralfamilienstelle zur Malsfeier Am Köllnischen Park (Verbandshaus). Die Kollegen der einzelnen Betriebe oder Branchen sammeln sich zunächst in der Nähe ihrer Arbeitsstätten oder an den schon vereinbarten Stellen und geben dann geschlossen nach obiger Zentralfamilienstelle.

Der Zug formiert sich und marschiert geschlossen um 10 Uhr vom Köllnischen Park zum Lustgarten. Kollegeninnen und Kollegen! Zeigt eure allgewohnte Geselligkeit, niemand darf fehlen. — Die Ortsverwaltung.

Post- und Telegraphen-Beamten für Malsfeier

Der Bezirksverein Berlin des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten teilt mit:

Durch den Beschluß des Reichskabinetts, daß zu der Volksfeier am 1. Mai den Beamten Urlaub gewährt werden soll, ist auch diesen die Möglichkeit gegeben, an der Volksfeier teilzunehmen und zu demonstrieren für Völkerverständnis und Völkerverständnis.

Es ist daher Pflicht jedes Beamten, durch Teilnahme an der Malsfeier die Solidarität der Arbeitnehmerschaft ausdrucksvoll zu bezeugen.

Wir begrüßen diesen Beschluß und hoffen, daß die Postler geschlossen dieser Befreiung ihres Vorstandes Folge leisten.

Für erhöhte Erwerbslosenunterstützung

Die Vorstände des ADGB, und des AM-Bundes haben dem Reichsarbeitsminister einen Antrag auf weitere Erhöhung der Unterstüttungssätze für Erwerbslose unterbreitet. Die letzte Erhöhung trat Mitte Februar d. J. in Kraft. Sie betrug den Tagesatz in der höchsten Ortsklasse für Beurlaubte auf 18,50 M., für Ledige auf 15 M. und für Männer unter 21 Jahren auf 10 M.; für Frauen betragen diese Sätze 15, 10 oder 8 M. Durch die seit der letzten Erhöhung eingetretene weitere Geldentwertung sind diese Unterstüttungssätze durchaus ungenügend geworden. Es ist zu erwarten, daß die Regierung dem Antrag auf Erhöhung baldigst zustimmt.

Beendigte Lohnbewegung. In dem Lohnstreit des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes gegen den Berliner Apotheker-Verein fällt der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 24. März 1922 einen Schiedsspruch. Die Arbeitnehmer nahmen den Schiedsspruch an, aber die Apothekenbesitzer lehnten denselben mit dem Hinweis ab, daß sie bei ihrer Verdienstmöglichkeit diese Lohnsätze nicht zahlen könnten. Am 22. April er. wurde erneut vor dem Demobilisierungskommissar verhandelt, und es gelang, im Vergleichsweg ein neues Lohnabkommen, das die Lohnsätze für die Monate März und April regelt, abzuschließen. Es wurden Lohnzulagen von 100 M. bis 175 M. pro Woche erzielt. Für die Apothekenarbeiter- und -arbeiterinnen findet am Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr, im Lokal von Bitte, Poststr. 39, eine Gruppenversammlung statt. Die neuen Tarife gelangen in dieser Versammlung zur Ausgaber.

Erwerbslosenunterstützung und Ortsklasseneinteilung. Das Reichsarbeitsministerium hat durch Verordnung vom 1. April bestimmt, daß in den Orten, die gelegentlich der Nachprüfung des amtlichen Ortsklassenverzeichnisses in eine höhere Ortsklasse versetzt wurden, diese Abänderung auch für die Erwerbslosenfürsorge gilt, und zwar vom 21. März, dem Tage der amtlichen Veröffentlichung an.

Parteiveranstaltungen

Wittwoch, den 26. April.

Textil-Commissionsrat, Abends 7 Uhr, bei Boges, Baumgarten Str. 14, Zusammenkunft aller Funktionäre, Arbeiter zur Malsfeier.

7. Bezirk, 7.30 Uhr, bei Gerus, Kottbusche 37, Kommunale Kommission, Wie Stadt- und Bezirksbeauftragte, sowie ähnliche Vorstände und ehrenamtlich tätigen Genossen haben zu erscheinen.

Vereinskalendar

Wittwoch, den 26. April.

5. Verweilungsabteilung, 17. Bezirk, bei Bittlich, Heienburgstr. 5, Sitzung aller Genossen, die zur Malsfeier bei Bitte, Lustgarten, 29 Ufer und Coblenz tätig sind. Wie müssen erscheinen.

9. Bezirk, bei Naturfreunde von Kammerberg, Generalsversammlung, abends 7 Uhr, Restaurant Potsdamer Hof, Wilmersdorf Str. 3.

10. Bezirk, 8. Bezirk, bei Grünbrunn, Die Abteilungsversammlung nach aus technischem Grundes auf Freitag, den 28., abends 7 Uhr, in der Schulaula, Oranienstr. 40, vertagt werden. — Mittwoch, den 26. April, abends 7 Uhr, treffen sich die Funktionäre Berlinerstraße 2/3.

15. Verweilungsabteilung, Abteilung Oberbarnimer, Abends 7 Uhr, Generalsversammlung im Festlokal des Reichsanhaltens, Heppelstraße, Erhalten aller Mitglieder ist Pflicht.

Donnerstag, den 27. April.

Genossenschaftliche, Verammlung der Parteifunktionäre des 5. Bezirks, abends 7 Uhr, Schulaula, Wilmersdorf, bei Othmar.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Reich, Berlin; für den Anzeigen- und geschäftliche Mitteilungen: Emil Reich, Berlin; Druck von Gering & Netzer, G. m. b. H., Berlin, SO. 68, Alterstraße 75.

Für Mieter unentbehrlich Reichsmietengesetz Kommentar

Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim und Dr. Paul Herg, Mitgl. des Reichstages.
Preis 10 Mark
Seben erschienen! Man bestelle sofort bei der
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2
Breite Straße 8-9.